

Städte als Träger der Daseinsvorsorge

Städte bieten eine **funktionierende Daseinsvorsorge**, indem sichergestellt wird, dass kommunale Infrastruktur (Ver- und Entsorgung im Bereich Wasser, Energie und Müll bzw. Verkehrswesen, Kinderbetreuung etc.) gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerung erhalten bzw. geschaffen wird. Bedeutende Ausgabenzuwächse im Bereich der Daseinsvorsorge seit 2004 weisen auf hohe Aktivität der Städte in diesem Bereich hin.

Städte und Gemeinden **investieren** jährlich mehr als zwei Milliarden Euro. Durch diese Ausgaben wird die Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze werden geschaffen. Daneben ist auch verstärkte Aktivität der Städte und Gemeinden im Bereich der Wirtschaftsförderung zu beobachten.

Städte und Daseinsvorsorge kommen von verschiedenen Seiten unter Druck:

1) Wettbewerbsrecht und Dienstleistungsrichtlinie der EU

Die Erbringung von **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse** unterliegt den Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln des EG-Vertrags, da die damit verbundenen Tätigkeiten wirtschaftlicher Natur sind. Für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, beispielsweise im Bereich der Abfallwirtschaft, der Wasserversorgung oder der Abwasserbehandlung sind Gemeinschaftsvorschriften anwendbar, etwa die Vorschriften über das öffentliche Auftragswesen. Darüber hinaus unterliegt eine Reihe von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse den Vorschriften der Dienstleistungsrichtlinie.

2) Sinkende Einnahmen – Höhere Ausgaben – Transfers

Den Städten und Gemeinden verbleiben immer weniger Mittel, um die kommunalen Leistungen aufrecht erhalten zu können. Der **Überschuss der laufenden Gebarung geht gegen Null**. Aus diesem Grund nimmt auch die Investitionstätigkeit ab. Während die Städte und Gemeinden 1999 noch Investitionen in der Höhe von 1,2 Prozent des BIP durchführten, verzeichneten Sie 2008 nur mehr Brutto-Investitionen in der Höhe von 0,74 Prozent des BIP. Angesichts der erwarteten finanziellen Entwicklung dürfte sich dieser Anteil in den kommenden Jahren noch weiter verschlechtern.

Die negative Entwicklung der Gemeindefinanzen ist zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, dass Städte und Gemeinden in den letzten Jahren für einige Leistungen die zusätzliche **Finanzierungslasten übertragen** bekommen haben, während sich die **Finanzausstattung nicht im selben Ausmaß erhöht** hat (z.B.: Kinderbetreuung, Schulen/Nachmittagsbetreuung, Soziales, Gesundheit).

Besonders stark wachsen die Ausgaben für **Transferzahlungen** der Gemeinden an Träger des öffentlichen Rechts (hier sind vor allem steigende Transferzahlungen für Sozialhilfe und Krankenanstalten an die Länder verantwortlich). Ein Drittel der gesamten Ausgabensteigerungen sind auf gestiegene Transferausgaben zurückzuführen.

Insgesamt ergibt sich daraus ein **stark steigender Konsolidierungsbedarf** der Gemeinden. Wollen die Gemeinden weiterhin auf dem bisherigen Niveau investieren (Nettoinvestitionsausgaben von ca. 1,4 Mrd. Euro pro Jahr) so ergibt sich bis 2013 ein notwendiger Konsolidierungsbedarf in der Höhe von **1,5 Mrd. Euro**. Das entspricht 15 bis 20 Prozent der laufenden Gebarung (exklusive Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts).

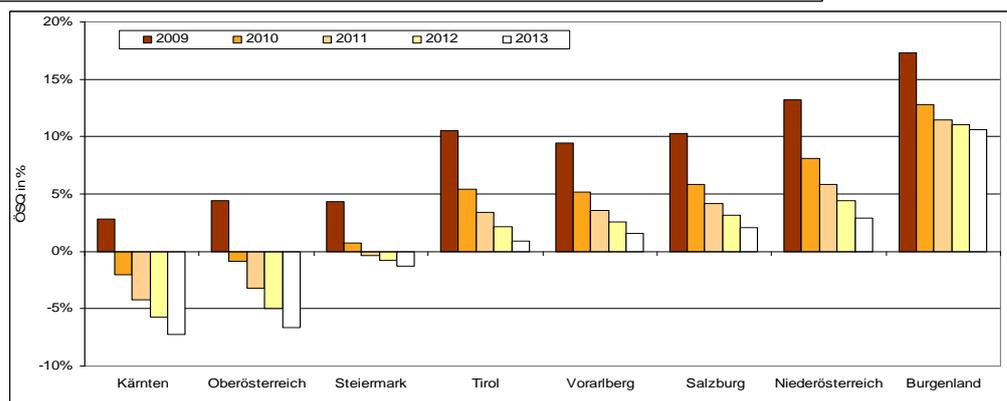
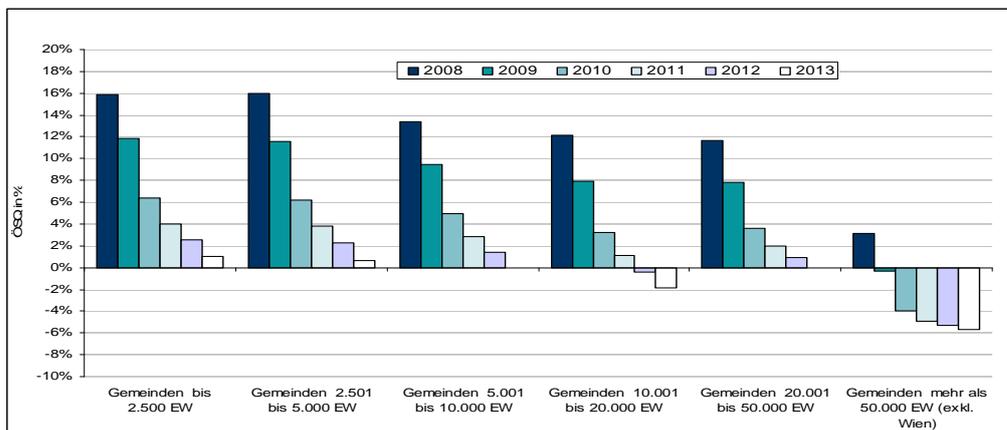
3) Demografie

In bestimmten Regionen ist mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen (Raum Wien, Regionen nördlich der Alpen entlang der Hauptverkehrsachsen). In anderen Regionen (Mur-Mürz-Furche, nördliches Waldviertel, Südburgenland, Osttirol, Lungau und Teile Kärntens) ist wiederum ein erheblicher Bevölkerungsrückgang zu erwarten. In beiden Fällen ergeben sich daraus finanzielle Herausforderungen. **Schrumpfende Gemeinden** müssen Einnahmerückgänge verkraften und haben weiterhin Fixkosten zur Infrastrukturerhaltung zu tragen. **Stark wachsende Regionen** haben zwar auch Einnahmewachse zu verzeichnen, müssen allerdings auch Investitionen zur Anpassung der Gemeindeinfrastruktur an die wachsende Bevölkerung tätigen.

Ausblick

Insgesamt kann man festhalten, dass von der zukünftig **negativen Entwicklung der Gemeindefinanzen alle Gemeinden ungeachtet ihrer Größe bzw. ihres Standortes betroffen** sein werden. Je nach Ausgangsniveau 2008 wird 2013 noch ein kleiner Überschuss der laufenden Gebarung verbleiben oder ein deutlicher Abgang entstehen.

Prognose der Quote öffentliches Sparen für alle Gemeinden ohne Wien nach EW-Klasse und Bundesländern 2008 bis 2013



Quelle: Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten, 2004-2008; KDZ: eigene Berechnungen, 2010.

Lösungsansätze

Neben internen Optimierungen, reduzierten Ausgaben sowie der Stärkung von Einnahmen sind für eine nachhaltige Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte jedoch grundsätzliche Reformen wie ein **aufgabenorientierter Finanzausgleich**, umfassende **Transferentflechtungen**, eine Stärkung der **Gemeindeabgaben** sowie eine **Gemeindestrukturreform** notwendig.